

**Rede  
des stellv. Fraktionsvorsitzenden und Sprechers für Umwelt  
und Klimaschutz**

**Marcus Bosse, MdL**

zu TOP Nr. 17 - Abschließende Beratung

**a) Zukunft der Weidetierhaltung sichern – Umgang mit  
dem Wolf umgehend ändern**

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/69

**b) Mehr Sachlichkeit beim Umgang mit dem Wolf –  
Weidetierhaltung wirksam fördern und unterstützen –**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/2691

**c) Wolfsverordnung**

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/2888

**d) Für ein vernünftiges Miteinander von Mensch und  
Wolf - Umsetzung am Beispiel des französischen  
Modells zum Wolfsmanagement in Deutschland**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs.  
18/7832

während der Plenarsitzung vom 18.02.2021  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Man muss emotional ein bisschen herunterkochen, denke ich. Deshalb will ich zunächst dem Ministerium und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen großen Dank aussprechen.

Herr Kollege Grupe hat gesagt: Das Thema begleitet uns seit 2013. Ich glaube, es begleitet mich schon seit 2008 - seitdem ich im Landtag bin. In den letzten drei Jahren gab es stetig und immer wieder Unterrichtungen zu dem Thema - die letzte erst gestern Morgen um 9 Uhr. Das Thema ist also in der Tat transparent und wird uns auch deutlich dargelegt. Dieses durchaus schwierige und hoch emotionale Thema verdient es auch, dass wir uns darüber auf dem Laufenden halten.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir mit dem Antrag der Regierungskoalition, über den wir heute abstimmen, den richtigen Weg zum Umgang mit dem Wolf gefunden haben.

In den Beratungen ist auch deutlich geworden, dass wir eindeutig über zu wenige Daten verfügen. Die Daten des Bundes hinken quasi immer ein Jahr hinterher. So ungern ich das auch sage - Kollege Grupe, wir sind ja, glaube ich, dicht beieinander -: Leider können wir uns die Untergrenze für den Wolf nicht aussuchen. Darum ist es richtig, dass ein Gutachten darüber erstellt wird, wo denn die Untergrenze für die Wolfspopulation in Niedersachsen und auch in der Bundesrepublik liegt.

Am Ende muss unter größtmöglicher Beteiligung aller - Weidetierhalter, Jägerschaft, Umwelt- und Naturschutzverbände - ein Managementplan stehen. Kollege Meyer hat es gesagt: Beim „Niedersächsischen Weg“ haben wir das erreicht. Ich denke, das müssen wir auch bei diesem hoch emotionalen Thema erreichen, bei dem es Anfeindungen gegen Jäger, gegen Tierschützer, gegen Wolfsfreunde, gegen Wolfsgegner gibt. Dabei gehen zum Teil alle gegen alle. Darum müssen wir alle emotional ein bisschen herunterkommen. Ein Dialogprozess wäre, so glaube ich, die richtige Art und Weise, um mit dem Thema umzugehen und die Emotionen etwas runterzukochen.

Immer wieder wird von dem französischen Modell gesprochen. Frankreich hat auch wirklich einen guten Managementplan, und dort wächst die Wolfspopulation in der Tat nur um 12 Prozent. In Niedersachsen beträgt das Wachstum mittlerweile 30 Prozent. In Frankreich dürfen etwa 10 Prozent des jeweiligen Bestandes entnommen werden, ohne die jeweilige Population zu gefährden. Würde man die Erfahrungen Frankreichs in Niedersachsen umsetzen, so könnten, ohne die Population in Niedersachsen zu gefährden, jedes Jahr 20 Wölfe entnommen werden. Das gehört zur Wahrheit dazu.

Da kann man nicht, wie in einigen Pressemitteilungen zu lesen war, von „Wild-West-Manier“ oder von „Wolfshatz“ sprechen oder sagen, dass das Umweltministerium „Todes-listen“ von Wölfen hat. Ich sage Ihnen, was das ist: Das ist absoluter Murks!

Das entbehrt jeglicher fachlichen und sachlichen Grundlage. Denn um einen Wolf zu entnehmen, bedarf es einer Ausnahmegenehmigung. Diese Ausnahmegenehmigung wird unter hohen fachlichen und naturschutzrechtlichen Vorgaben geprüft, und zwar lange. Das ist uns am Mittwochmorgen in der Sitzung des Umweltausschusses noch einmal deutlich gemacht worden.

Seit dem Jahr 2013 ist die Population um über 60 Prozent angestiegen - das hat sich positiv entwickelt. Das ist bei 35 Rudeln in Niedersachsen zunächst einmal gut. Aber, dass die Population so groß ist, hat natürlich auch Folgen für die Nutztiere. Im Jahr 2020 waren 1.400 Risse von Nutztieren zu verzeichnen. Steigt die Zahl der Wölfe, steigt auch die Zahl der Risse von Nutztieren - und das trotz ausreichenden Herdenschutzes. 1.400 Risse bedeutet, dass es natürlich auch einzelne Wölfe gibt, die Zäune überspringen, Schäden anrichten und sich zum Teil auch - das wissen wir - Menschen auffällig nähern. Insoweit bedarf es wirklich einer Ausnahmegenehmigung. Ich sage es einmal ganz deutlich: Eine Ausnahmegenehmigung ist nichts Ungewöhnliches. Dabei wird fachlich und sachlich nach Naturschutzrecht geprüft.

Wir müssen auch - das gehört ebenfalls dazu - jene schützen, die die Wölfe entnehmen. Es gibt durchweg Repressalien gegenüber der Jägerschaft. Genau das Gegenteil muss aber der Fall sein. Wir müssen - Herr Kollege Dammann-Tamke, das können Sie gerne in Ihren Verband mitnehmen - der Jägerschaft dankbar dafür sein, dass sie diesen Job übernimmt. Es darf nicht sein, wie in der Vergangenheit geschehen, dass Autoreifen kaputtgestochen werden, dass man mit Häme und Spott überschüttet wird und Angriffen ausgesetzt ist. Ich denke, so mancher in der Jägerschaft wird dazu etwas sagen können. So etwas können und dürfen wir auf keinen Fall dulden.

Ich wiederhole mich: Die Entnahme einzelner Tiere muss mit einer Ausnahmegenehmigung möglich sein, um bei diesem Thema endlich zur Normalität zu kommen. Das dient letzten Endes dem Schutz der gesamten Art und vor allem auch der Akzeptanz des Wolfs in der Bevölkerung, und zwar nicht nur in der Stadt, sondern auch in der Fläche.

Herzlichen Dank.